



der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

# DISKUSSIONSBEITRÄGE DISCUSSION PAPERS

Brandmelder der Zukunft –  
Die Generationenbilanz 2004

Christian Hagist  
Bernd Raffelhüschen  
Olaf Weddige

No. 12 – September 2006



# Brandmelder der Zukunft – Die Generationenbilanz 2004

**Christian Hagist**  
**Bernd Raffelhüschen**  
**Olaf Weddige**

Forschungszentrum Generationenverträge  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

September 2006

## **Zusammenfassung**

Um die fiskalische Nachhaltigkeit der Politik bzw. einzelner Reformmaßnahmen zu messen, hat die Wirtschaftswissenschaft in den letzten Jahren mehrere Instrumente eingeführt. Hierzu zählt auch die Generationenbilanz, die Anfang der neunziger Jahre in den USA entwickelt wurde. Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse der Generationenbilanzierung des Basisjahres 2004. Dabei wird auf Grundlage isolierter Analysen primär auf die sozialen Sicherungssysteme als Ursache für die langfristige Schieflage der deutschen Fiskalpolitik eingegangen. Zudem werden die Folgen der aktuellen Gesundheitsreform aus Sicht der Nachhaltigkeit aufgezeigt.

---

\* Kontakt: Forschungszentrum Generationenverträge, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, D-79085 Freiburg, Germany (Fax +49-761-203-2290, bernd.raffelhueschen@generationenvertraege.de). Wir danken Emily Dang, Oliver Ehrentraut, Stefan Fetzer, Jasmin Häcker, Matthias Heidler, Susanna Hübner, Pascal Krimmer, Dirk Mevis, Stefan Moog, Guido Raddatz und Jörg Schoder für wertvolle Hinweise und Hilfestellungen. Für alle bleibenden Fehler zeigen sich die Autoren verantwortlich. Das Papier ist ebenfalls in der Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ der Stiftung Marktwirtschaft unter dem Titel „Brandmelder der Zukunft – Die aktuelle Generationenbilanz“ (Nr. 97, September 2006) erschienen.

# 1 Einleitung

Die fiskalische und wirtschaftliche Situation Deutschlands mag sich manchem Betrachter wie ein Flächenbrand darstellen. Meldungen über schlechte Arbeitsmarktzahlen, ein sinkendes Rentenniveau und die Rekordverschuldung drängen sich auf den Titelseiten, ohne dass die Politik als Feuerwehr mit dem Löschen der einzelnen Brände fertig zu werden scheint. Doch wie bei einem natürlichen Flächenbrand brennt nicht jeder Wald bzw. jedes Politikfeld gleich stark und die Mittel zum Löschen – ob Wasser oder Zeit und politisches Kapital – sind begrenzt. Deshalb gilt es in beiden Fällen, Prioritäten zu setzen und die „Brände“ anzugehen, die bereits lichterloh in Flammen stehen und somit leicht auf andere Bereiche überspringen können. Daneben dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen werden, die heute nur vermeintlich leicht glimmen, sich jedoch leicht zum Inferno entwickeln können. Um diese Bereiche zu identifizieren und der Politik somit Lokalisationshilfe zu geben, hat die Wirtschaftswissenschaft in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Instrumente entwickelt. Hierzu zählt auch die Generationenbilanz, ein Brandmelder für die Zukunft.

Einer der derzeitigen Hauptbrände – um beim oben genannten Bild zu bleiben – ist der Arbeitsmarkt. Und er greift bereits in beträchtlichem Ausmaß auf andere Bereiche über: Denn trotz aller Diskussionen über die Alterung der Gesellschaft und die niedrige Geburtenrate, die meisten der heutigen Probleme in unseren Sozialversicherungssystemen – Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – sind auf die Massenarbeitslosigkeit und noch nicht auf die viel diskutierte zunehmende Alterung der Bevölkerung zurückzuführen. Sinkt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und somit die Zahl der Beitragszahler aufgrund von Störungen auf dem Arbeitsmarkt, während gleichzeitig die Anzahl der Empfänger und Leistungsfälle gleich bleibt oder sogar wächst, so entsteht eine Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einnahmen – unabhängig davon wie beispielsweise das Verhältnis von Rentnern zu den potentiellen Erwerbstätigen ist (welches, nebenbei bemerkt, momentan noch sehr günstig ausfällt).

Reformen der sozialen Sicherungssysteme sind trotz alledem – oder gerade deshalb – schon heute dringend geboten, denn je kleiner das Feuer, desto geringer der Löschaufwand. Soll heißen: Systeme wie die Gesetzliche Renten-, die Kranken- oder Pflegeversicherung sind besser vor Einsetzen des demografischen Wandels zu reformieren als zu einem Zeitpunkt, zu dem dieser schon seine volle Wirkung entfaltet hat. Dieser Logik wird die Politik bei der Gesetzlichen Rentenversicherung mittlerweile gerecht – bspw. mit der Einführung der so genannten Riesterreform und des Nachhaltigkeitsfaktors oder mit dem Kabinettsbeschluss zur Rente mit 67 Jahren.

In anderen Bereichen hingegen scheint die Politik weiterhin Scheuklappen zu tragen und die Augen vor den notwendigen Reformen zu verschließen. In welchen Bereichen der Handlungsbedarf besonders groß ist, soll im Weiteren erläutert werden. In diesem Sinn versteht sich der vorliegende Beitrag als eine Art Brandmelder für die Zukunft, welcher der Politik eine „Karte“ an die Hand geben will, wohin das Löschfahrzeug „Reform“ aus finanzwissenschaftlicher Sicht zuerst fahren sollte.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Kapitel 2 erläutert kurz die Methodik der Generationenbilanzierung sowie die in diesem Beitrag verwendeten Nachhaltigkeitsindikatoren und stellt die Ergebnisse für das Basisjahr 2004 vor. Anschließend werden diese Ergebnisse im Einzelnen erläutert und die daraus resultierenden Probleme in Bezug auf ihre „Dringlichkeit“ diskutiert. Kapitel 3 geht kurz auf die aktuelle „Gesundheitsreform“ und ihre „Löschwirkung“ ein. Die Studie schließt nach einem Fazit in Kapitel 4 mit einem Anhang, welcher formal-methodische Details der aktuellen Generationenbilanz des Jahres 2004 und eine ausführliche Beschreibung der Datengrundlagen sowie Neuerungen in den Berechnungsweisen enthält.

## **2 Brandmelder der Zukunft – Die Generationenbilanz 2004**

### **2.1 Gesamtbetrachtung**

Die zukünftige demografische Veränderung wird sämtliche umlagefinanzierte Sozialversicherungssysteme in enorme Finanzierungsschwierigkeiten bringen. Aufgrund des Einbruchs der Geburten pro Frau seit den 1970er Jahren und dem starken Ansteigen der Lebenserwartung wird es künftig zu einem massiven Anstieg des so genannten Altersquotienten kommen. Dieser spiegelt das Verhältnis von Rentnerjahrgängen zu den erwerbstätigen Generationen wider und wird sich von momentan etwa 25 Prozent auf 53 Prozent im Jahr 2050 mehr als verdoppeln.<sup>1</sup> Die Folge dieser gesellschaftlichen Alterung ist – bei einem Ausbleiben von einschneidenden Reformen – ein zunehmendes Missverhältnis zwischen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung in den umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen. Dies liegt vor allem in der Tatsache begründet, dass in diesen Systemen Rentner von Erwerbstätigen versorgt werden.<sup>2</sup>

Das quantitative Ausmaß dieses Missverhältnisses lässt sich mit Hilfe der Methode der Generationenbilanzierung bestimmen. Dabei handelt es sich um ein intergeneratives Budgetierungssystem, das auf der intertemporalen Budgetrestriktion des Staates basiert. Letz-

---

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2003). Der Altersquotient beschreibt hier das Verhältnis der 65-jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-jährigen.

<sup>2</sup> Zum doppelten Alterungsprozess und seinen Folgen vgl. Börsch-Supan (1991).

tere besagt, dass die heute bestehende Staatsschuld durch sämtliche Nettosteuerzahlungen aller heute lebenden und aller zukünftigen Generationen abgegolten werden muss.<sup>3</sup>

Die Nettosteuerzahlung einer Generation berechnet sich aus dem Barwert aller Zahlungsströme, die sie an den fiskalischen Sektor über ihr verbleibendes Leben zahlt (Steuern, Beiträge, Gebühren u.ä.), abzüglich des Barwerts aller Zahlungsströme, die sie vom fiskalischen Sektor über ihr restliches Leben erhält (Bildung, öffentliche Güter, Renten, Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen u.ä.). Für die Berechnung der Nettosteuerzahlungen werden in einem ersten Schritt die im Basisjahr ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit Hilfe von alters- und geschlechtsspezifischen Mikroprofilen auf repräsentative Durchschnittsindividuen der im Basisjahr lebenden Kohorten verteilt.<sup>4</sup> Die daraus resultierenden skalierten Profile werden dann in einem zweiten Schritt mit einer Wachstumsrate  $g$  in die Zukunft fortgeschrieben.<sup>5</sup> Durch eine jährliche Saldierung aller skalierten Profile ist es möglich zu bestimmen, wie viel ein durchschnittliches Mitglied einer Kohorte in jedem künftigen Jahr netto an den Fiskus bezahlt. Werden nun diese durchschnittlichen Nettozahlungen in jedem Jahr mit den Überlebenden einer Kohorte gewichtet und mit einer Rate  $1+r$  auf das Basisjahr diskontiert, so resultieren die Nettosteuerzahlungen einer Generation im Basisjahr.<sup>6</sup> Durch Division mit der jeweiligen Jahrgangsstärke des Basisjahres ergeben sich die so genannten Generationenkonto, die in der Generationenbilanz des gesetzlichen Status quo abgebildet sind (Abbildung 1).

Ein positives Generationenkonto entspricht einer Nettosteuerzahlung: Über den verbleibenden Lebenszyklus betrachtet, übersteigen die Steuer- und Beitragszahlungen eines durchschnittlichen Kohortenmitglieds die vom Staat empfangenen Transferleistungen. Entsprechend steht ein negatives Generationenkonto für eine Nettotransferleistung des Staates an den Repräsentanten seiner Kohorte. Da alle vor dem Basisjahr geleisteten

---

<sup>3</sup> Die Methodik der Generationenbilanzierung wurde von Auerbach et al. (1991, 1992 und 1994) Anfang der neunziger Jahre entwickelt. Genauer zur Methode und zur Kritik an der Generationenbilanzierung findet sich in Raffelhüschen (1999) und Bonin (2001). Auf diesen beiden Arbeiten bauen auch die nachfolgenden Ausführungen auf.

<sup>4</sup> Für diese Analyse wurde insgesamt zwischen 90 verschiedenen Einnahmen und Ausgabenposten des Staates unterschieden. Die verwendeten Mikroprofile stammen hauptsächlich aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, vgl. Statistisches Bundesamt (2005a). Ausnahmen bilden z.B. Leistungsprofile der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die aus Daten des Risikostrukturausgleichs generiert wurden, vgl. BVA (2005), oder dem Rentenleistungsprofil, welches mit Hilfe einer VDR-Statistik gewonnen wurde, vgl. Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger (2005a, 2005b, 2006).

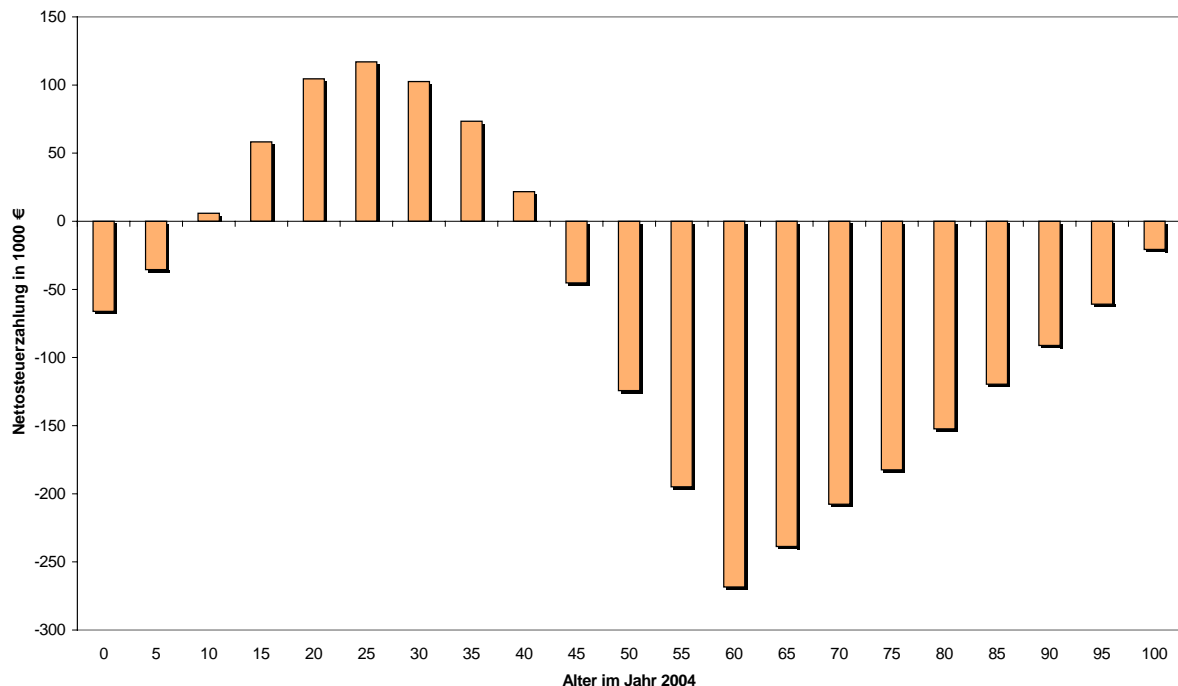
<sup>5</sup> Bei der Fortschreibung werden auch die Effekte bereits beschlossener Reformen, deren Wirkung erst später eintritt, berücksichtigt, vgl. zu den Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen auf die fiskalische Nachhaltigkeit Borgmann, Krimmer und Raffelhüschen (2001), eine Analyse der Steuerreformwirkungen findet sich in Krimmer und Raffelhüschen (2003).

<sup>6</sup> Für die Berechnung der Überlebenden einer Kohorte für jedes künftige Jahr ist eine umfassende Bevölkerungsvorausschätzung notwendig. Hierbei wurde als Basis die Variante 5 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung verwendet, vgl. Statistisches Bundesamt (2003).

Zahlungen keine Berücksichtigung finden, können Generationenkonten zwischen lebenden Generationen nicht verglichen werden. Sie weisen aber, wie in Abbildung 1 dargestellt, ein typisches sinuskurvenförmiges Verlaufsmuster auf, das sich aus den Anteilen der erhaltenen Transfers und Steuerzahlungen einzelner Kohorten ergibt. So wachsen die Generationenkonten anfangs mit jedem weiteren Lebensjahr stetig an, da einerseits immer mehr ausbildungsbezogene Transferleistungen entfallen, andererseits die während des Erwerbslebens anfallenden Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge einer zunehmend schwächeren Diskontierung unterliegen. Ab dem Alter, in dem ein durchschnittliches Individuum die Erwerbstätigkeit aufnimmt, beginnt sich der Verlauf umzukehren. Bezahlt ein im Basisjahr durchschnittlicher 25-Jähriger noch 116.920 Euro an Nettosteuern über seinen restlichen Lebenszyklus hinweg, verringert sich dieser Betrag auf einen Nettotransfer i.H.v. 268.410 Euro für einen im Basisjahr 60-Jährigen. Dieser fallende Verlauf der Generationenkonten zwischen den 25- und 60-Jährigen in Abbildung 1 erklärt sich durch das immer näher rückende Ende des Erwerbslebens, wodurch immer weniger Beiträge und Steuern berücksichtigt werden, während gleichzeitig die im Ruhestand empfangenen Transferleistungen einer abnehmenden Diskontierung unterliegen. Erst für Jahrgänge, die älter als 60 sind, nehmen die Barwerte der verbleibenden Nettotransferleistungen aufgrund der schwindenden restlichen Lebensdauer wieder stetig ab.

**Abbildung 1: Generationenbilanz Status quo**

Basisjahr 2004,  $r=3\%$ ,  $g=1,5\%$



Mit Hilfe der Nettosteuerzahlungen können nun Nachhaltigkeitsindikatoren berechnet werden. Um einen ersten Indikator zu erhalten, wird die Summe aller zukünftigen Nettosteuerzahlungen heutiger und zukünftiger Generationen gebildet. Das Resultat ist das implizite Staatsvermögen. Da dieses in aller Regel negativ ist, wird aber gemeinhin von seinem negativen Wert, der so genannten impliziten Staatsschuld gesprochen. Diese quantifiziert die, bei Geltung der aktuellen Gesetzeslage entstehenden, schwebenden Ansprüche an den Staat, welche vor allem auf den umlagefinanzierten Sozialversicherungen basieren.<sup>7</sup> Die implizite Staatsschuld des Basisjahres 2004 bei einem unterstellten Zins von 3,0 und einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent beläuft sich auf 260,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Jahres 2004.<sup>8</sup> Zusammen mit der explizit ausgewiesenen Staatsschuld von 63,2 Prozent des BIP ergibt sich die so genannte Nachhaltigkeits- oder Tragfähigkeitslücke von 323,7 Prozent des BIP. Eine positive Nachhaltigkeitslücke verletzt aber die eingangs dieses Abschnitts erläuterte intertemporale Budgetrestriktion des Staates, da die bestehende explizite Staatsschuld eben nicht durch die Summe aller zukünftigen Nettosteuerzahlungen abgegolten werden kann.

Neben der Nachhaltigkeitslücke werden im Folgenden drei weitere Indikatoren verwendet. Bei allen werden zukünftige Nettosteuerzahlungen so erhöht, dass die Nachhaltigkeitslücke verschwindet bzw. die intertemporale Budgetrestriktion des Staates erfüllt ist. Die ersten beiden setzen an der Einnahmenseite des Staates an. Bei ihnen wird die Mehrwertsteuer (MwSt) bzw. der Abgabenlastquotient so lange erhöht, bis die intertemporale Budgetrestriktion des Staates erfüllt ist. Diese Indikatoren haben gegenüber der Nachhaltigkeitslücke den Vorteil, weniger sensitiv auf Veränderungen der Zins-Wachstumsdifferenz zu reagieren, da sowohl die implizite Staatsschuld als auch die künftige Entwicklung der zusätzlichen Einnahmen in gleicher Weise von Veränderungen der Zins- und Wachstumsraten betroffen sind. So läge bei Unterstellung einer niedrigeren bzw. höheren Wachstumsrate  $g$  von 1,0 bzw. 2,0 anstatt 1,5 Prozent die Nachhaltigkeitslücke bei 250,5 bzw. 457,5 anstatt 323,7 Prozent des BIP. Im Gegensatz dazu bewegt sich die zur Schließung der Nachhaltigkeitslücke notwendige Erhöhung aller Abgaben auf einem na-

---

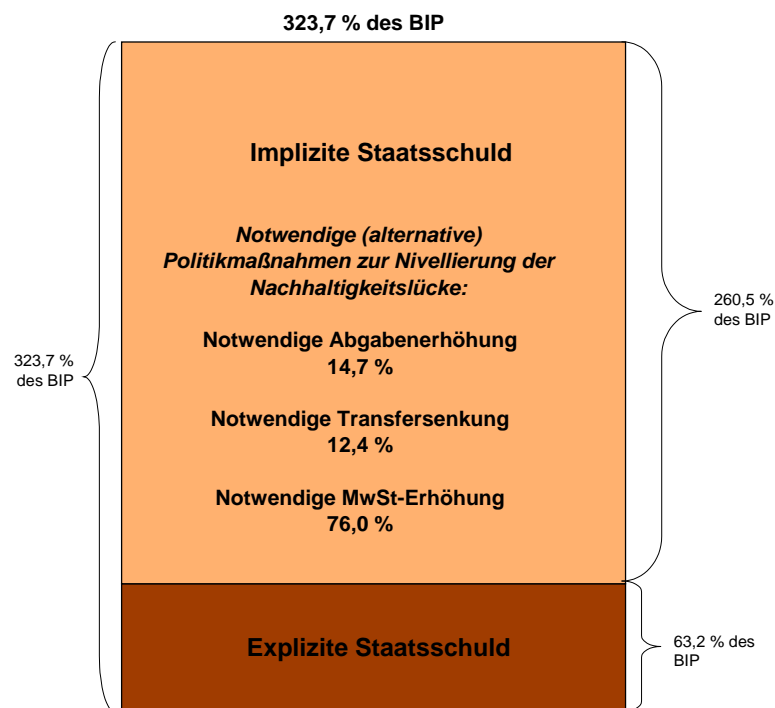
<sup>7</sup> Die implizite Staatsschuld gibt auch den Barwert aller zukünftigen Primärdefizite wieder. Alternativ ist sie zu berechnen, indem die Generationenkonto jeweils mit der Jahrgangsstärke gewichtet werden, wobei für zukünftige Generationen – wachstums- und zinsadjustiert – das gleiche Generationenkonto wie für den Nulljährigen unterstellt wird.

<sup>8</sup> Die Diskontrate spiegelt den (realen) Zinssatz auf langfristige Staatspapiere zuzüglich eines angemessenen Risikoaufschlags wider, die Wachstumsrate den langfristigen arbeitsvermehrenden technischen Fortschritt der Volkswirtschaft. Aufgrund der Zukunftsausrichtung der Methode sind die Parameterwerte von  $g = 1,5$  Prozent und  $r = 3$  Prozent mit Unsicherheit behaftet, weswegen weiter unten auch ein zusätzlicher Indikator verwendet wird, der auf Parameteränderungen unempfindlich reagiert.

hezu unveränderten Niveau zwischen 14,4 und 14,9 Prozent; gleiches gilt für eine Mehrwertsteuererhöhung, die 75,2 Prozent bzw. 76,8 Prozent betragen müsste.<sup>9</sup>

Weiterhin kann die andere Seite der Medaille, die notwendige Reduktion aller Transferleistungen des Staates, ausgewiesen werden. Analog werden hierbei alle Transfers für alle Generationen soweit abgesenkt, bis die Nachhaltigkeitslücke geschlossen wird. Im Standardszenario mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent und einer Diskontrate von 3,0 Prozent liegt dieser Indikator bei 12,4 Prozent. Abbildung 2 fasst die Ergebnisse der Generationenbilanz des Basisjahres 2004 nochmals zusammen:

**Abbildung 2: Nachhaltigkeitslücke und -indikatoren des Status quo**  
Basisjahr 2004,  $r=3\%$ ,  $g=1,5\%$



## 2.2 Die Politikfelder und ihre Reformmaßnahmen im Einzelnen

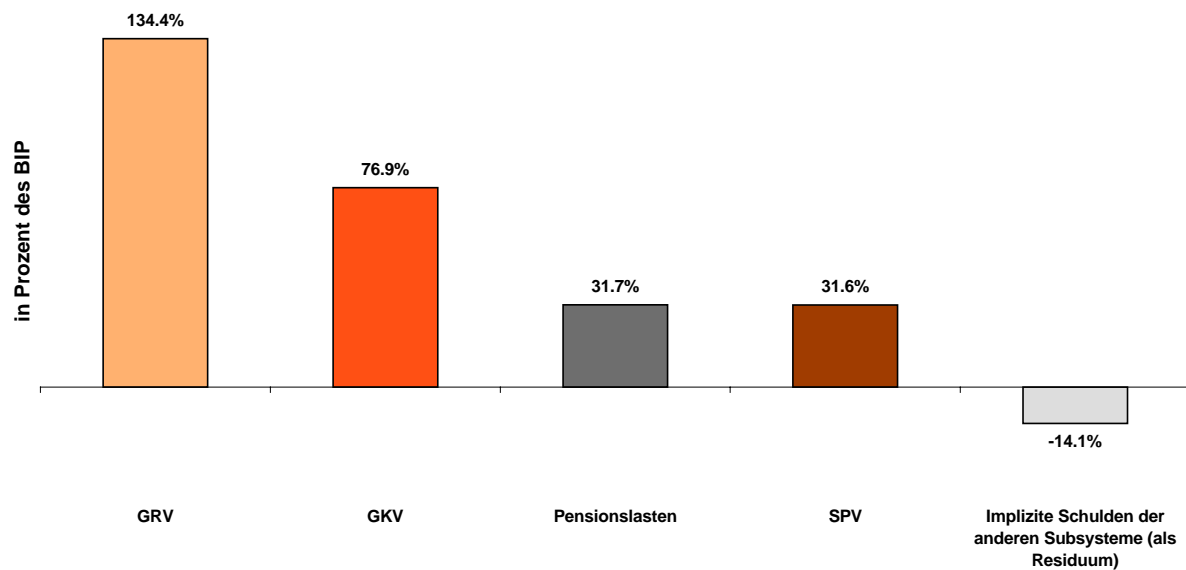
Da Reformmaßnahmen meist nicht den Gesamtstaat im Fokus haben, werden im Folgenden einzelne Politikfelder und die entsprechenden Reformmaßnahmen bzw. Besonderheiten betrachtet. Wo bisher nur die Gesamtlast der deutschen Fiskalpolitik ausgewiesen wurde, wird also nun auf die einzelnen Subsysteme und Parafiski und deren „Beitrag“ zur Gesamtlast eingegangen. Abbildung 3 verdeutlicht, in welchen Sozialversicherungsfeldern und staatlichen Subsystemen bei derzeitigem Gesetzesstand die eigentlichen Probleme

<sup>9</sup> Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass es für das Niveau aller verwendeten Indikatoren letztendlich nur auf die Differenz zwischen Zins und Wachstum und nicht auf deren absolute Höhe ankommt. Eine umfassende Sensitivitätsanalyse findet sich in Anhang E.



liegen. Dargestellt werden die impliziten Schulden der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) sowie die heute noch nicht ausreichend vorgesorgten Pensionslasten. Als Residuum wird schließlich die Nachhaltigkeitslücke der verbleibenden Posten des gesamtstaatlichen Budgets ausgewiesen.

**Abbildung 3: Isolierte Nachhaltigkeitslücken der Parafiski und anderer Subsysteme**  
Basisjahr 2004, r=3%, g=1,5%



Auf den ersten Blick scheinen die Nachhaltigkeitslücken die „gewohnte“ Reihenfolge der fiskalischen Baustellen bzw. Brände wiederzugeben. So erscheint die GRV mit dem größten Problem behaftet zu sein, danach kommen die gesetzliche Gesundheitsversorgung und der „kleine Bruder“ der GRV, die Beamtenpensionen, sowie die Pflegeversicherung.

Die Nachhaltigkeitslücken in diesen Fällen können auch wie folgt interpretiert werden: Sollte die Politik sich entschließen, bspw. die GKV zu „privatisieren“, so müsste analog zur Privatisierung der Bahn ein Bundessondervermögen eingerichtet werden, und zwar in der Höhe von knapp 77 Prozent des BIP. Anders wäre es für die GKV nicht möglich, eine marktgerechte Eröffnungsbilanz zu veröffentlichen. Eine Insolvenz wäre theoretisch unausweichlich.

Wie bereits erwähnt führt scheinbar die GRV die Rangliste der nicht-nachhaltigen Systeme an. Dies gilt allerdings nur auf den ersten Blick. Denn in diesem Feld hat die Politik bereits gehandelt, wenn auch die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bisher nur im Kabinett beschlossen und auch der Beitragssatz noch nicht bis zu sei-

ner gesetzlichen Höchstgrenze von 22 Prozent ausgeschöpft ist. Werden diese Maßnahmen in die Betrachtung einbezogen, sinken die impliziten Lasten der GRV um 88,2 Prozentpunkte auf „nur“ noch 46,2 Prozent des BIP.

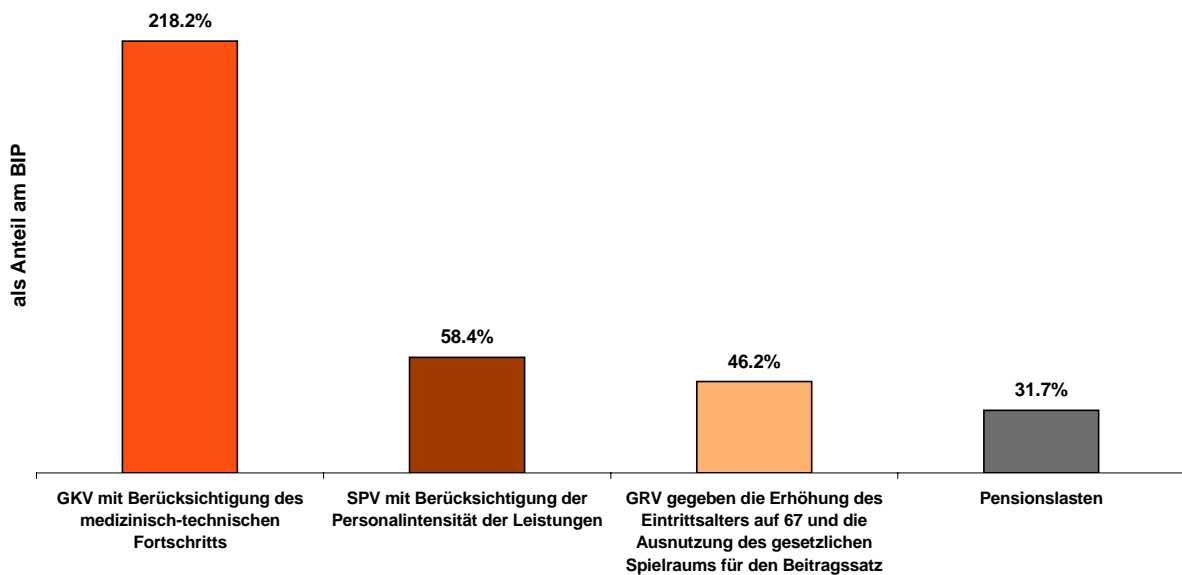
Umgekehrt ist in den anderen Feldern von negativen Sondereffekten auszugehen, welche bisher aus der Analyse ausgeblendet wurden. Zu nennen sind hierbei speziell die GKV und die SPV. Im Falle der GKV wurde bisher von den kostensteigernden Wirkungen des medizinisch-technischen Fortschritts abstrahiert. Beim medizinisch-technischen Fortschritt handelt es sich im Wesentlichen um Produktinnovationen, die im Gegensatz zu kostensenkenden Prozessinnovationen die Möglichkeiten des medizinisch Machbaren ausweiten, gleichzeitig aber zu überproportional steigenden Kosten führen.<sup>10</sup> Ähnliches gilt auch, wenngleich aus anderem Grund, in der Pflegeversicherung. Hier führt das geringe Rationalisierungspotential – Pflegedienstleistungen sind sehr personalintensiv – zu überproportionalen Kostensteigerungen. Was dies im Endeffekt für die einzelnen Systeme, aber auch für die Gesamtnachhaltigkeit der deutschen Fiskalpolitik bedeutet, verdeutlicht Abbildung 4. So steigt die implizite Schuld der GKV bei Berücksichtigung des medizinisch-technischen Fortschritts auf etwa das Dreifache des ursprünglichen Wertes an und beträgt nun 218,2 Prozent des BIP 2004. Die Last aus der Pflegeversicherung verdoppelt sich, während sich die implizite Verschuldung der Gesetzlichen Rentenversicherung bei Realisierung der oben beschriebenen Maßnahmen (Erhöhung des Beitragssatzes und des Renteneintrittsalters) auf ein Niveau von rund 46 Prozent absenkt. Für die gesamtstaatliche Nachhaltigkeitslücke bedeutet dies eine Steigerung von 99,1 Prozentpunkten auf 422,8 Prozent des BIP.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Breyer und Ulrich (2000) zeigen, dass die Leistungsausgaben der GKV aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts um einen Prozentpunkt stärker wachsen als der allgemeine Produktivitätsfortschritt. Für die vorliegenden Berechnungen wird ein kostentreibender medizinisch-technischer Fortschritt bis zum Jahr 2044 unterstellt. Diese an sich arbiträre Annahme einer zeitlichen Begrenzung ist insofern notwendig, da andernfalls die Gesundheitsausgaben langfristig oberhalb des BIP lägen. Gleiches gilt auch für die SPV. Die im Folgenden beschriebenen qualitativen Aussagen sind jedoch nicht davon abhängig, ob der unterstellte Zeitraum ein Jahrzehnt früher oder später endet. Langfristig wachsen die Gesundheitsausgaben wieder in Höhe des allgemeinen Produktivitätsfortschritts.

<sup>11</sup> Der Unterschied der Summe bei isolierter Betrachtung gegenüber der Nachhaltigkeitslücke bei gesamtstaatlicher Betrachtung resultiert aus der nicht eindeutigen Isolierung der GRV. Da die GRV über den Bundeszuschuss auch aus allgemeinen Steuermitteln finanziert wird, welche dem Non-Affektationsprinzip unterliegen, ist eine genaue Abgrenzung nicht möglich. Somit stellen die Zahlen für die GRV und die Pensionslasten auch „nur“ ein Gedankenexperiment dar. An den qualitativen Aussagen ändert sich jedoch nichts.

**Abbildung 4: Isolierte Nachhaltigkeitslücken der Parafiski und anderer Subsysteme bei verschiedenen Szenarien**  
 Basisjahr 2004, r=3%, g=1,5%

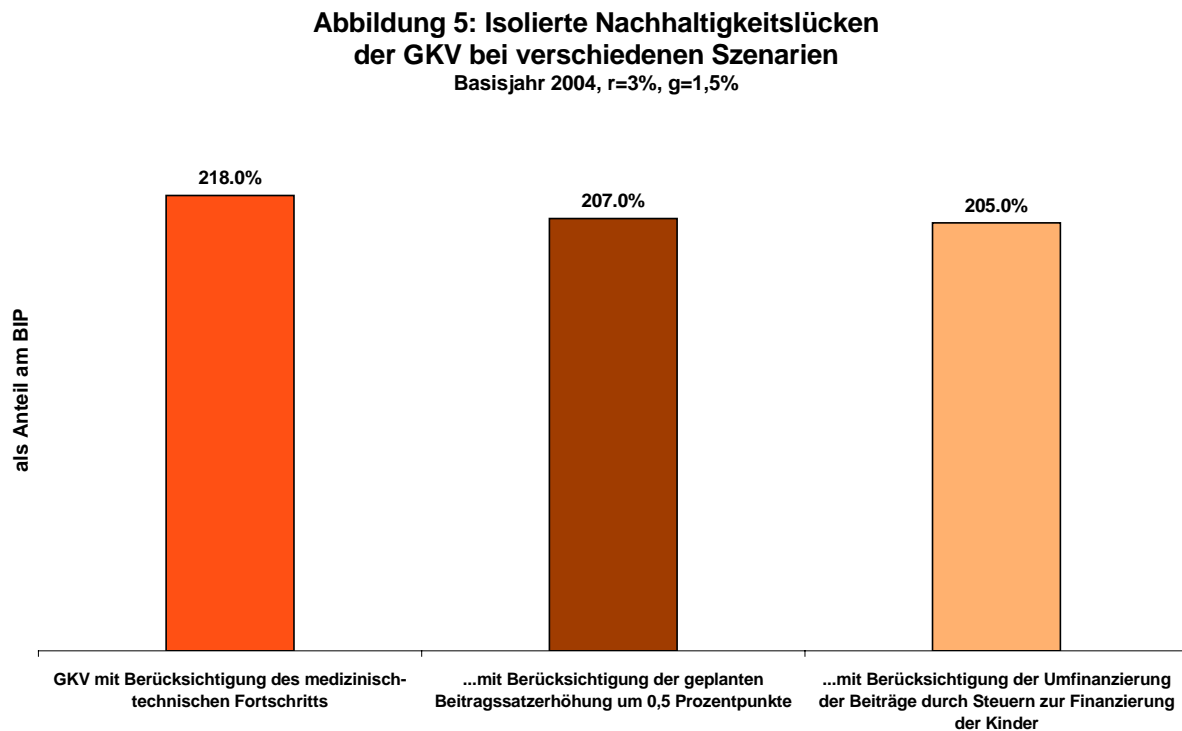


Auch die anderen Nachhaltigkeitsindikatoren bestätigen dieses Bild. So läge der nachhaltige Beitragssatz in der GKV ohne Berücksichtigung des medizinisch-technischen Fortschritts bereits bei 17,3 Prozent, mit dessen Berücksichtigung über die nächsten 40 Jahre sogar bei 23 Prozent, also höher als der derzeitige Satz zur Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Leistungen der SPV müssten um rund 42 bzw. 57 Prozent gekürzt werden, damit der momentane Beitragssatz gehalten werden kann. Und um die versprochenen Pensionen der deutschen Beamenschaft bezahlen zu können, müsste zum 1. Januar 2007 die Mehrwertsteuer nicht auf 19, sondern auf 20,5 Prozent angehoben werden. Schon eine einzelne dieser Maßnahmen mutet vor dem Hintergrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation und der bereits hohen Abgabenlast eines schrumpfenden Kreises an Nettozahlern paradox an – um wirklich Nachhaltigkeit in das deutsche Fiskalsystem zu tragen, müssten jedoch alle gemeinsam gestartet werden.

### 3 Löschzug Gesundheitsreform?

Mit der derzeit diskutierten Gesundheitsreform möchte die Bundesregierung den „Großbrand“ Krankenversicherung angehen. Da bisher lediglich ein Koalitionsbeschluss in Form eines „Eckpunktepapiers“ vorliegt und dieser in der Regel im Gesetzgebungsverfahren noch Änderungen unterworfen sein wird, kann die Reform nur ansatzweise und unter Vorbehalt in den Berechnungen abgebildet werden. Neben dem Fondsmodell, dessen Wirkungen ex-ante schwer zu quantifizieren sind, scheinen jedoch zwei fiskalisch wichtige

Punkte festzustehen: Erstens eine Beitragserhöhung um (mindestens) 0,5 Prozentpunkte zum Anfang des Jahres 2007, die für sich genommen keine Reform darstellt und darüber hinaus auch nicht der Bundesregierung sondern den Krankenkassen obliegt, und zweitens die Umfinanzierung von Beiträgen durch Steuern, um so die in der GKV versicherten Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Wie wirksam diese beiden Schritte aus Sicht der Nachhaltigkeit sind, zeigt Abbildung 5:



Durch die Umfinanzierung von Sozialbeiträgen mit Steuern, welche arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ist, wird aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten eher wenig erreicht. Der Hauptteil des positiven Effektes des Gesetzes kommt durch die rund fünf Milliarden Euro „frisches“ Geld zustande, das in die obigen Berechnungen eingeht. Doch auch diese Finanzspritze vermag das Problem keinesfalls auch nur annähernd zu lösen. Die deutliche Botschaft lautet: Allein durch Beitrags- und Steuererhöhungen ist die fiskalische Schieflage der deutschen Krankenkassen nicht in den Griff zu bekommen. Vielmehr bedarf es einer echten Strukturreform. Doch diese ist mit dem derzeitigen Kompromiss um Längen verfehlt worden und so folgert der Ausschuss für Gesundheitsökonomie des Vereins für Socialpolitik auch aus Sicht der Nachhaltigkeit richtig: „Diese „Reform“ kann keine Probleme lösen, sondern wird sie noch weiter verschärfen: Sie darf auf keinen Fall so beschlossen werden!“ [Ausschuss für Gesundheitsökonomie des Vereins für Socialpolitik 2006, S. 2].

## 4 Fazit

Die Haushalte der deutschen Gebietskörperschaften und Parafiski stehen vor gewaltigen Aufgaben – die Einhaltung der Neuverschuldungsgrenze des Maastricht-Vertrages ist dabei das kleinere Problem. Aufgrund des demografischen Wandels und ausgabentreibender Effekte in einzelnen sozialen Sicherungssystemen kommen gewaltige Lasten auf zukünftige Beitrags- und Steuerzahler zu. Dies zeigt die neueste Generationenbilanz für das Jahr 2004, welche gleichsam als fiskalischer Brandmelder fungiert.

Mit der aktuellen Gesundheitsreform scheint die Politik einen der Hauptbrände erkannt zu haben. Es darf jedoch bezweifelt werden, ob die Einnahmeseite das richtige Löschfahrzeug darstellt. Ein Erkenntnisproblem gibt es zudem offenbar immer noch bei der Sozialen Pflegeversicherung. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD widmet diesem Reformfeld gerade einmal zwei Seiten, in denen konkrete Aussagen vergeblich gesucht werden. Anstatt den historischen Fehler der Sozialen Pflegeversicherung wieder rückgängig zu machen, wird sogar über eine Leistungsausweitung für teure Behandlungsfelder wie etwa der Demenz diskutiert. Die obigen Ergebnisse zeigen jedoch, dass bereits bei heutigem Leistungskatalog gerade in diesem Bereich eine Zeitbombe tickt. Ähnliches gilt auch für die Pensionslasten, die vor allem von den Bundesländern getragen werden müssen. Auch hier gilt, dass möglichst zeitnah gehandelt werden sollte, bevor der Brand noch größer wird und außer Kontrolle gerät.

## Anhang

### A Modifikationen in der Generationenbilanz 2004

Die vorliegende Generationenbilanz für Deutschland wurde gegenüber den vom *Forschungszentrum Generationenverträge* in den Vorjahren erstellten Versionen in mehreren Punkten überarbeitet. Diese können letztendlich in zwei Kategorien unterteilt werden. Wie in den vorherigen Generationenbilanzen auch, wurde den Berechnungen – neben den für das Basisjahr 2004 aktualisierten Bevölkerungs-, Profil- und Budgetdaten, welche im weiteren Verlauf des Appendix ebenfalls beschrieben werden – der aktuelle Gesetzesstand<sup>12</sup> zugrunde gelegt und die relevanten Reformen berücksichtigt. Neu sind dagegen die zur zweiten Kategorie zählenden Änderungen, welche Modifikationen in der Berechnungsweise bzw. in verschiedenen Annahmen umfassen.

#### *Datenaktualisierung und Anpassung an die aktuelle Gesetzeslage:*

So wurde die Streichung der Eigenheimzulage in die Berechnungen einbezogen, indem die Staatsausgaben für diesen Posten bis zum Jahr 2013 schrittweise abgebaut werden. Ebenso wurden Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzung bei der Fortschreibung einiger Aggregate berücksichtigt, etwa bei der Körperschaftsteuer, der Zinsabschlagsteuer oder der Tabaksteuer.<sup>13</sup> Mit in die Berechnungen ein fließen auch das im Sommer 2006 beschlossene Elterngeld sowie das Haushaltsbegleitgesetz 2006. Bei letzterem wird davon ausgegangen, dass es tatsächlich zu einer Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Punkte kommt. Dafür wird analog die Mehrwert- und Versicherungssteuer um die entsprechenden Sätze angepasst.

In der Generationenbilanz 2004 sind lediglich die Reformen berücksichtigt, welche auch tatsächlich gesetzlicher Status quo sind. Gesetzesvorschläge, die diskutiert werden, aber noch nicht endgültig verabschiedet sind, können zwar in die Berechnungen, die unterschiedliche zukünftige Szenarien betreffen, einbezogen werden – sie sind jedoch nicht Teil des Status quo in der Generationenbilanz. Konkretes Beispiel hierfür ist die Erhöhung des gesetzlichen Rentenzutrittsalters von 65 auf 67 Jahre. Ebenfalls nicht im Status quo enthalten ist die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe („Hartz IV“). Zwar ist diese Neuregelung bereits im Januar 2005 in Kraft getreten, es existieren allerdings noch keinerlei verwertbare Informationen darüber, wie sich beispielsweise die Zahlungen des neu geschaffenen Arbeitslosengeldes II (ALG II) explizit auf die verschiedenen Jahrgänge verteilen. Daher ist

---

<sup>12</sup> Stand: Juli 2006.

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2005).

diese Reform in der Generationenbilanz 2004 nur implizit durch die Zahlen der VGR 2005 abgebildet.

### *Veränderte Annahmen und modifizierte Berechnungsweisen*

Die erwähnte Weiterentwicklung der Generationenbilanz Deutschlands erlaubt es, bestimmte Zahlungsströme weitaus exakter fortzuschreiben, als dies bislang der Fall war. So sorgt eine Unterscheidung zwischen Zugangs- und Bestandsrentnern bei der Fortschreibung der Rentenausgaben dafür, dass die implizite Staatsschuld, die sich aus der gesetzlichen Rentenversicherung ergibt, differenzierter berechnet werden kann.<sup>14</sup> Gleiches gilt für die Ausgaben für Beamtenpensionen, denen nun die genauen Subpopulationen der heutigen und zukünftigen Pensionäre zugrunde gelegt werden. Der Unterschied zur Nachhaltigkeitslücke von 197,6 Prozent des BIP aus Mevis und Weddige (2006) erklärt sich vor allem aufgrund einer veränderten Annahme über den Aufholprozess Ost und der damit verbundenen Behandlung der Ostdeutschen aus fiskalischer Sicht. Gingen frühere Arbeiten, so auch Mevis und Weddige (2006), noch davon aus, dass sich ostdeutsche Männer und Frauen in fiskalischer Hinsicht ihren westdeutschen Pendanten bis zum Jahre 2040 angleichen, verwirft diese Arbeit aufgrund der Datenlage der vergangenen Jahre diese Annahme und geht vielmehr von einem so genannten „Mezzogiorno“-Fall aus.<sup>15</sup> Anders gesagt wird nunmehr Ostdeutschland für die nächsten Jahrzehnte kein überproportionales Wachstum zugesprochen. Vielmehr finden keine Aussagen bzw. Annahmen über die regionalen Entwicklungen mehr statt. Somit liegt das vergleichbare Ergebnis für die Generationenbilanz des Jahres 2003, wie Fetzer (2006) gezeigt hat, bei rund 346 Prozent des BIP 2003.

## **B Datenbasis der Bevölkerungsprojektion**

Die Bevölkerungsprojektion der Generationenbilanz für das Basisjahr 2004 basiert auf den Annahmen der 5. Variante der 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2003.<sup>16</sup> Dies gilt insbesondere für die Entwicklung der Lebenserwartung und der Fertilität. Es wurde der Bevölkerungsstand des 31.12.2003 zugrunde gelegt.

Für die Fortschreibung der Bevölkerung Deutschlands wird grundsätzlich von der Altersstruktur des Basisjahres ausgegangen. Dies gilt auch für die Altersstruktur der Zu- und

---

<sup>14</sup> Siehe dazu Ehrentraut, Heidler und Raffelhüschen (2005).

<sup>15</sup> Zum Aufholprozess Ost und seinen Folgen aus Sicht der Nachhaltigkeit vgl. auch Ehrentraut und Fetzer (2003). Zur vorliegenden Annahme eines „Mezzogiorno“-Falles vgl. Heilemann (2005) und Sinn und Westermann (2001).

<sup>16</sup> Die 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts besteht aus neun Varianten. Es werden eine geringe, mittlere und starke zukünftige Nettozuwanderung jeweils mit einer geringen, mittleren und starken Zunahme der Lebenserwartung kombiniert, so dass sich insgesamt neun Varianten ergeben. Die Annahmen der 5. Variante, welche für die in dieser Studie verwendete Bevölkerungsprojektion ausgewählt wurden, entsprechen jeweils den mittleren Prognosen für zukünftige Nettozuwanderung und Lebenserwartung.

Fortzüge nach bzw. aus Deutschland; um hier jedoch zu verhindern, dass Einmal-Effekte bzw. Schocks (beispielsweise überdurchschnittliche Ein- oder Auswanderung eines Jahrgangs relativ zu anderen Jahrgängen im Basisjahr) langfristig fortgeschrieben werden, wurde in der vorliegenden Bevölkerungsprojektion der altersspezifische Durchschnitt der letzten fünf Jahre verwendet.<sup>17</sup>

Tabelle 1 fasst die wichtigsten Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion zusammen. Dabei ist hervorzuheben, dass sich der Altersquotient bis zum Jahr 2050 beinahe verdoppelt, während die Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2050 voraussichtlich um über sechs Millionen Menschen sinken wird.

**Tabelle 1: Entwicklung des Altersquotienten und der Gesamtbevölkerung 2004-2050 (Eigene Berechnungen)**

Jahr	Altersquotient	Gesamtbevölkerung (in Mio.)
2004	28,2	82,53
2010	32,0	82,97
2020	35,2	82,86
2030	45,1	81,50
2040	52,1	79,16
2050	53,3	76,18

### C Datenbasis der Mikroprofile

Die alters- und geschlechtsspezifischen Profile wurden für die vorliegende Generationenbilanz vollständig aktualisiert. Grundlage hierfür war hauptsächlich die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) aus dem Jahr 2003. Die EVS ist ein repräsentativer Haushaltsdatensatz auf Basis des Mikrozensus, der für insgesamt 42.744 Haushalte mit bis zu 9 Haushaltsmitgliedern Ausgaben und Einnahmen im Detail erfasst. Tabelle 2 zeigt die verwendeten Profile und deren jeweilige Datenquelle:

---

<sup>17</sup> Zum Vergleich: Das Statistische Bundesamt verwendet hier den Durchschnitt der letzten drei Jahre.



**Tabelle 2: Alters- und geschlechtsspezifische Profile und ihre Datenquellen**

<b>Alters- und geschlechtsspezifisches Profil</b>	<b>Datenquelle</b>
Gleichmäßige Verteilung der Zahlungsströme auf alle Jahrgänge für öffentliche Güter und unspezifische Einnahmen des Staates wie etwa den Bundesbankgewinn	Eigene Berechnung auf Basis von Annahmen
Einzelne Zahlungsströme werden gleichmäßig auf alle über 17-Jährigen verteilt, dies gilt bspw. in Fällen wie der Tabaksteuer, in welchen explizite Daten fehlen	Eigene Berechnung auf Basis von Annahmen
Einzelne Zahlungsströme werden gleichmäßig auf alle 18- bis 60-Jährigen verteilt, dies gilt bspw. in Fällen wie der Wohnungsbauprämie, in welchen explizite Daten fehlen	Eigene Berechnung auf Basis von Annahmen
Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung	Statistisches Bundesamt (2005a)
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	Statistisches Bundesamt (2005a)
Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	Statistisches Bundesamt (2005a)
Arztkosten (GKV)	BVA – Bundesversicherungsamt (2005)
Zahnarztkosten (GKV)	BVA – Bundesversicherungsamt (2005)
Apothekenkosten (GKV)	BVA – Bundesversicherungsamt (2005)
Heil- und Hilfsmittel (GKV)	BVA – Bundesversicherungsamt (2005)
Krankenhauskosten	BVA – Bundesversicherungsamt (2005)
Krankengeld-Leistungen	BVA – Bundesversicherungsamt (2005)
Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)	VDR (2005a)
Leistungen aus der GRV	VDR (2005a), VDR (2005b)
Pensionszahlungen	Eigene Berechnungen, Datengrundlage: Statistisches Bundesamt (2004), Bundesministerium des Innern (2005)
Versorgung der Kriegsofopfer	Statistisches Bundesamt (2001)
Steuern auf Kapital(z.B. Kapitalertragsteuer)	Statistisches Bundesamt (2005a)
Umsatzsteuer	Statistisches Bundesamt (2005a)
Lohnsteuer	Statistisches Bundesamt (2005a)
Stromsteuer	Statistisches Bundesamt (2005a)
Mineralölsteuer	Statistisches Bundesamt (2005a)
Versicherungssteuer	Statistisches Bundesamt (2005a)
Kindergeld	Eigene Berechnungen, Datengrundlage: Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004)
Erziehungsgeld	Statistisches Bundesamt (2005a)
Wohngeld	Statistisches Bundesamt (2005a)
Ausgaben für Bildung	Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004)
Bafög	Statistisches Bundesamt (2005a)
Sozialhilfe	Statistisches Bundesamt (2005b)
Leistungen zur Pflegestufe 1 ambulant	Bundesministerium für Gesundheit (2006)
Leistungen zur Pflegestufe 2 ambulant	Bundesministerium für Gesundheit (2006)
Leistungen zur Pflegestufe 3 ambulant	Bundesministerium für Gesundheit (2006)
Leistungen zur Pflegestufe 1 stationär	Bundesministerium für Gesundheit (2006)
Leistungen zur Pflegestufe 2 stationär	Bundesministerium für Gesundheit (2006)
Leistungen zur Pflegestufe 3 stationär	Bundesministerium für Gesundheit (2006)

## D Datenbasis des Staats-Budgets

Die Daten für die Einnahmen und Ausgaben des Staates im Jahr 2004 basieren auf den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamts.<sup>18</sup> Eine Aufschlüsselung der einzelnen Positionen des Staatsbudgets, wie sie in der Generationenbilanz verwendet werden, wird in Tabelle 3 dargestellt.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006).

<sup>19</sup> Es ist zu erwarten, dass diese Aufteilung in der nächstfolgenden Generationenbilanz für das Basisjahr 2005 einigen Änderungen unterworfen sein wird. Grund hierfür ist die große Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005, die u.a. durch eine rechtsverbindliche Neuregelung der EU-Kommission notwendig wurde.

Tabelle 3: Konto des Staates 2004 (VGR und eigene Berechnungen)

Einnahmen des Staates	(in Mrd. Euro)	Ausgaben des Staates	(in Mrd. Euro)
Verkäufe	41.29	Vorleistungen	89.45
Empfangene sonstige Subventionen	0.49	Arbeitnehmerentgelte Bildung	44.70
Bundesbankgewinn	0.28	Arbeitnehmerentgelte Universitäten	4.46
Sonstige Ausschüttungen und Entnahmen	11.74	Arbeitnehmerentgelte Sonstiges	119.52
Körperschaftsteuer	15.26	Geleistete sonst. Produktionsabgaben	0.05
n. v. St. v. Ertrag (KapSt)	4.10	Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	62.91
n. v. St. v. Ertrag (EKSt)	12.29	Subventionen	28.95
veranlagte Einkommensteuer	17.44	Versorgung der Kriegsofopfer (Bund)	2.57
Lohnsteuer	165.34	Öffentliche Pensionen (einschl. Beihilfen)	34.55
Zinsabschlag (KapSt)	1.66	Beihilfen für Arbeitnehmer des Staates	3.13
Zinsabschlag (EKSt)	4.98	Geldl. Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge	15.69
Umsatzsteuer	134.77	Gesetzliches Kindergeld	34.60
Stromsteuer	6.57	Wohngeld (Länder)	5.09
Mineralölsteuer	41.71	Arbeitslosenhilfe RV Beiträge	2.54
Tabaksteuer	13.76	Arbeitslosenhilfe KV Beiträge	1.83
Sonstige Verbrauchsteuern	11.64	Arbeitslosenhilfe PV Beiträge	0.22
Versicherungsteuer	8.74	Arbeitslosenhilfe bereinigte Geldleistungen	14.36
Gewerbsteuer	28.37	Erziehungsgeld (Bund)	3.07
Grundsteuern	14.61	Ausbildungsbeihilfen (Länder)	1.45
Beitrag zur RV von ALV und ALH	8.37	KV Beiträge der GRV	14.38
Beitrag zur RV Erwerbspersonen	147.37	PV Beiträge der GRV	0.42
Beitrag zur KV von ALV und ALH	6.03	Leistungen der GRV	213.92
Beitrag zur KV von RV	28.76	KV monetäre Sozialleistungen	7.15
Beitrag zur KV Erwerbspersonen	105.33	PV monetär PS I	1.77
Beitrag zur ALV	48.79	PV monetär PS II	2.20
Beitrag zur PV von ALV und ALH	0.71	PV monetär PS III	1.04
Beitrag zur PV von RV und Rentnern	3.11	ALV RV Beiträge	5.82
Beitrag zur PV Erwerbspersonen	12.80	ALV KV Beiträge	4.20
Sonstige Sozialbeiträge	9.45	ALV PV Beiträge	0.50
Sozialbeiträge von der übrigen Welt (nur SV)	2.15	ALV Leistungen bereinigt	32.91
Unterstellte Sozialbeiträge v. priv. Haushalten.	22.38	Sonstige monetäre Sozialleistungen SV	19.47
Sonstige laufende Transfers	16.89	Arztleistungen	23.00
Vermögenstransfers von der übrigen Welt	2.61	Zahnarztleistungen	11.26
Vermögenstransfers von Kapitalgesellschaften	1.01	Medikamente	22.06
Vermögenstransfers von privaten Haushalten	6.04	Heil- und Hilfsmittel	18.43
		Krankenhausleistungen	45.91
<b>(Defizit)</b>	<b>(81.20)</b>	Unterbringung in Heimen ambulant (PS I)	0.80
		Unterbringung in Heimen ambulant (PS II)	1.00
		Unterbringung in Heimen ambulant (PS III)	0.47
		Unterbringung in Heimen stationär (PS I)	2.26
		Unterbringung in Heimen stationär (PS II)	3.90
		Unterbringung in Heimen stationär (PS III)	2.09
		Sozialleistungen für Pflegepersonen	0.98
		Kuren	3.35
		Sonstige soziale Sachleistungen SV	5.26
		Sozialhilfe	14.96
		Sonstige soziale Sachleistungen GK	7.98
		Sonstige laufende Transfers	38.25
		Eigenheimzulage	10.83
		sonstige Vermögenstransfers	23.01
		Bauinvestitionen Bildung	2.90
		Bauinvestitionen Universitäten	0.47
		Sonstige Bauinvestitionen	21.41
		Ausrüstungsinvestitionen	4.19
		Immaterielle Anlagegüter	1.74
		Veränderung Vorräte	0.05
		Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.43
<b>Summe</b>	<b>1038.04</b>	<b>Summe</b>	<b>1038.04</b>

<b>Abkürzungen</b>		
ALH	=	Arbeitslosenhilfe
ALV	=	Arbeitslosenversicherung
EKSt	=	Einkommensteuer
GK	=	Gebietskörperschaften
KapSt.	=	Kapitalertragsteuer
GKV	=	Gesetzliche Krankenversicherung
n.v.St.v.	=	nicht veranlagte Steuer vom (Ertrag)
PS	=	Pflegestufe
SPV	=	Soziale Pflegeversicherung
GRV	=	Gesetzliche Rentenversicherung
SV	=	Sozialversicherung

## E Sensitivitätsanalyse hinsichtlich Zins-Wachstum- und Demografieszenarien<sup>20</sup>

**Tabelle 4: Nachhaltigkeitslücken bei verschiedenen Zins-Wachstum- und Demografieszenarien (als Anteil am BIP)**

Zins-Wachstum-Szenarien	Variante I (niedrigste Bevölkerungszahl)	Variante V („mittlere“ Bevölkerungszahl)	Variante IX (höchste Bevölkerungszahl)
g=1,0%; r=3,0%	230,2%	250,5%	275,6%
g=1,5%; r=3,0%	288,5%	323,7%	367,4%
g=2,0%; r=3,0%	386,5%	457,5%	546,9%
g=1,5%; r=3,5%	231,2%	251,6%	276,9%
g=1,5%; r=4,0%	193,2%	206,3%	222,6%

**Tabelle 5: Nachhaltige Abgaben- (AG) und Transferänderung (TR) bei verschiedenen Zins-Wachstum- und Demografieszenarien**

Zins-Wachstum-Szenarien	Variante I (niedrigste Bevölkerungszahl)	Variante V („mittlere“ Bevölkerungszahl)	Variante IX (höchste Bevölkerungszahl)
g=1,0%; r=3,0%	AG: +14,6% TR: -12,5%	AG: +14,4% TR: -12,3%	AG: +14,6% TR: -12,4%
g=1,5%; r=3,0%	AG: +14,9% TR: -12,6%	AG: +14,7% TR: -12,4%	AG: +14,9% TR: -12,6%
g=2,0%; r=3,0%	AG: +15,1% TR: -12,7%	AG: +14,9% TR: -12,5%	AG: +15,3% TR: -12,8%
g=1,5%; r=3,5%	AG: +14,6% TR: -12,5%	AG: +14,4% TR: -12,3%	AG: +14,6% TR: -12,4%
g=1,5%; r=4,0%	AG: +14,5% TR: -12,4%	AG: +14,3% TR: -12,3%	AG: +14,4% TR: -12,3%

<sup>20</sup> Für die einzelnen Szenarien vgl. Statistisches Bundesamt (2003). Variante I geht von einer Lebenserwartung eines neugeborenen Individuums im Jahr 2050 von 78,9 (Männer) bzw. 85,7 Jahren (Frauen) und einer Nettoimmigration von 100.000 Personen pro Jahr aus, Variante V von 81,1 bzw. 86,6 Jahren und 200.000 Personen pro Jahr und Variante IX von 82,6 bzw. 88,1 Jahren und ab dem Jahr 2011 300.000 Personen pro Jahr. Die Geburtenhäufigkeit wird in allen Varianten während des gesamten Prognosezeitraums als konstant angenommen (durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau).

## Literaturverzeichnis:

- Auerbach, A., J. Gokhale und L. Kotlikoff (1991)**, Generational Accounts: a meaningful alternative to deficit accounting, *Tax policy and the economy*, 5, S. 55-110.
- Auerbach, A., J. Gokhale und L. Kotlikoff (1992)**, Social security and medicare policy from the perspective of generational accounting, *Tax policy and the economy*, 6, S. 129-145.
- Auerbach, A., J. Gokhale und L. Kotlikoff (1994)**, Generational Accounts: a meaningful way to evaluate fiscal policy, *The Journal of Economic Perspectives*, 8/1, S. 73-94.
- Börsch-Supan, A. (1991)**, Aging Population, *Economic Policy*, 6/1, S. 103-139.
- Bonin, H. (2001)**, *Generational Accounting: Theory and Application*, Berlin.
- Borgmann, C., P. Krimmer und B. Raffelhüschen (2001)**, Rentenreformen 1998 - 2001: Eine (vorläufige) Bestandsaufnahme, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 2, S. 319-334.
- Breyer, F. und V. Ulrich (2000)**, Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine Regressionsanalyse, *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, 1, S. 1-17.
- Bundesministerium des Innern (2005)**, *Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung*, Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004)**, *Grund- und Strukturdaten 2003/2004*, Bonn.
- Bundesministerium der Finanzen (2005)**, *Ergebnisse der 126. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 2. bis 3. November 2005*, Berlin.
- Bundesministerium für Gesundheit (2006)**, *Daten zur Pflegeversicherung*, [www.bmg.bund.de](http://www.bmg.bund.de).
- BVA – Bundesversicherungsamt (2005)**, *Risikostrukturausgleich Jahresausgleich 2004*, Bonn.
- Ehrentraut, O. und S. Fetzer (2003)**, Wiedervereinigung, Aufholprozess Ost und Nachhaltigkeit, *Wirtschaftsdienst*, Jahrgang 83, Heft 4, S. 260-264.
- Ehrentraut, O., M. Heidler und B. Raffelhüschen (2005)**, En route to sustainability: history, status quo, and future reforms of the German public pension scheme, *Intereconomics*, Volume 40, Number 5, S. 254-257.
- Fetzer, S. (2006)**, *Zur nachhaltigen Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystems*, Frankfurt a. Main.
- Heilemann, U. (2005)**, Ostdeutschland – ein “Mezzogiorno“-Fall?, *Wirtschaftsdienst*, Jahrgang 85, Heft 8, S. 505-512.
- Krimmer, P. und B. Raffelhüschen (2003)**, Intergenerative Umverteilung und Wachstumsimpulse der Steuerreformen 1999 bis 2005 Die Perspektive der Generationenbilanz, *Diskussionsbeiträge*, Institut für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Nr. 105.
- Mevis, D. und O. Weddige (2006)**, Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Nachhaltigkeitsbilanz der 15. Legislaturperiode des deutschen Bundestages 2002-2005, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, N° 9.
- Raffelhüschen, B. (1999)**, Generational Accounting: Method, Data, and Limitations, *European Economy, Reports and Studies*, 6, S. 17-28.
- Sinn, H.-W. und F. Westermann (2001)**, Two Mezzogiornos, *NBER Working Paper*, N° 8125.
- Statistisches Bundesamt (2001)**, *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998*, Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt (2003)**, *Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, CD-ROM, Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt (2005a)**, *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003*, Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt (2005b)**, *Statistik der Sozialhilfe*, Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt (2006)**, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18 Reihe 1.4*, Wiesbaden.

**VDR (2005a)**, *VDR Statistik Rentenbestand am 31. Dezember 2004*, Band 152, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Berlin.

**VDR (2005b)**, *VDR Statistik Rentenzugang des Jahres 2004 einschließlich Rentenwegfall, Rentenänderung/ Änderung des Teilrentenanteils*, Band 153, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Berlin.

**VDR (2006)**, *Zeitreihen*, Forschungsportal der Deutschen Rentenversicherung, [www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de).

**Verein für Socialpolitik – Ausschuss für Gesundheitsökonomie (2006)**, *Gesundheitspolitik in der Kompromissfalle: Kein Problem gelöst, aber neue geschaffen*, Stellungnahme vom 12.07.2006, Bonn .

## Seit 2005 erschienene Beiträge

- No. 1 Christian **Hagist**/Norbert **Klusen**/Andreas **Plate**/Bernd **Raffelhüschen**  
Social Health Insurance – the major driver of unsustainable fiscal policy?
- No. 2 Stefan **Fetzer**/Bernd **Raffelhüschen**/Lara **Slawik**  
Wie viel Gesundheit wollen wir uns eigentlich leisten?
- No. 3 Oliver **Ehrentraut**/Matthias **Heidler**/Bernd **Raffelhüschen**  
En route to sustainability: history, status quo, and future reforms of the German public pension scheme?
- No. 4 Jasmin **Häcker**/Bernd **Raffelhüschen**  
Die Interne Rendite der Gesetzlichen Pflegeversicherung
- No. 5 Jasmin **Häcker**/Bernd **Raffelhüschen**  
Internal Rates of Return of the German Statutory Long-Term Care Insurance  
(Englische Fassung von Diskussionsbeitrag No. 4)
- No. 6 Matthias **Heidler**/Bernd **Raffelhüschen**  
How risky is the German Pension System? The Volatility of the Internal Rates of Return
- No. 7 Laurence J. **Kotlikoff**/Christian **Hagist**  
Who's going broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries
- No. 8 Jasmin **Häcker**  
Dynamisierung der Pflegeleistungen: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft
- No. 9 Dirk **Mevis**/Olaf **Weddige**  
Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Nachhaltigkeitsbilanz der 15. Legislaturperiode des deutschen Bundestages 2002-2005
- No. 10 Daniel **Besendorfer**/ Emily Phuong **Dang**/ Bernd **Raffelhüschen**  
Die Schulden und Versorgungsverpflichtungen der Länder: Was ist und was kommt
- No. 11 Jasmin **Häcker**/ Bernd **Raffelhüschen**  
Zukünftige Pflege ohne Familie: Konsequenzen des „Heimsog-Effekts“
- No. 12 Christian **Hagist**/ Bernd **Raffelhüschen**/ Olaf **Weddige**  
Brandmelder der Zukunft – Die Generationenbilanz 2004

Forschungszentrum Generationenverträge

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Bertoldstraße 17

79098 Freiburg

Fon 0761 . 203 23 54

Fax 0761 . 203 22 90

[www.generationenvertraege.de](http://www.generationenvertraege.de)

[info@generationenvertraege.de](mailto:info@generationenvertraege.de)

ISSN 1862-913X